



Stadt Bern
Gemeinderat

Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 16
Fax 031 321 60 10
stadtkanzlei@bern.ch
www.bern.ch

Schweizerischer Städteverband
Florastrasse 13
3000 Bern 6

Bern, 22. Mai 2008

Totalrevision Postgesetz und Postorganisationsgesetz; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. März 2008 haben Sie den Vorstandsmitgliedern des Schweizerischen Städteverbands das Vernehmlassungsverfahren in Sachen Totalrevision Postgesetz und Postorganisationsgesetz eröffnet. Der Gemeinderat der Stadt Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Gemeinderat lehnt eine weitere Liberalisierung der Postdienste zum heutigen Zeitpunkt ab. Der Bundesrat will sich der Europäischen Union (EU) anpassen und den Postmarkt rasch öffnen, ohne die wirtschaftlichen und sozialen Folgen und ohne die Auswirkungen auf Qualität, Umfang und Preis der Grundversorgung untersucht zu haben.

Eine schlecht vorbereitete oder unkontrollierte Postmarktliberalisierung ist mit grossen Risiken für alle verbunden: für die Wirtschaft, die Städte, die Randregionen, die Konsumenten und die Arbeitnehmenden. Es wäre unverantwortlich, weitere Schritte einzuleiten, wenn noch nicht einmal die Auswirkungen der ersten Liberalisierungs-Etappe, der Senkung des Briefmonopols auf 100g im April 2006, untersucht worden sind.

Der Gemeinderat befürchtet bei weiteren, schlecht vorbereiteten Liberalisierungsschritten negative Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen, die Grundversorgung, die Preisentwicklung und die Umwelt. Er stellt fest, dass diesen Befürchtungen in den Gesetzesvorlagen in keiner Art und Weise Rechnung getragen wird.

1. Negative Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und damit auf die Soziallasten der Städte

Die Studie Plaut/Frontier zeigt auf, dass die Post die Grundversorgung ohne Restmonopol nur finanzieren kann, wenn sie bei den Poststellen um 1 000 und bei den Löhnen

um 30 Prozent reduziert. Trifft die Poststellenreduktion vor allem die Randregionen, so belasten die Lohneinbussen die Sozialdienste der städtischen Agglomerationen, welche die Folgen von nichtexistenzsichernden Löhnen tragen müssen. Ausländische Beispiele zeigen es: Erfolgt die Postmarktöffnung ohne «sozialen» Rahmen, wird sich der Wettbewerb hauptsächlich auf den Preisen, nicht der Dienstleistungsqualität abspielen, das heisst auf den Produktionskosten und damit auf dem Buckel der Angestellten.

Wenn die Liberalisierung der Postdienstleistungen zu einem späteren Zeitpunkt nach sorgfältigen Risikokostenabschätzungen weitergeführt werden soll, so bedingt dies für den Gemeinderat von Bern eine gesetzlich verankerte Pflicht zur Aushandlung und Vereinbarung von Gesamtarbeitsverträgen (GAV). Unterzeichnung und Einhaltung dieses Branchen-GAV müssen Voraussetzung für den Marktzugang neuer Unternehmen sein. Dabei reicht es materiell nicht, die Bestimmungen des Obligationenrechts in einen Kollektivvertrag aufzunehmen. Dies hätte ganz klar materielle Einbussen bei Lohn, Arbeitszeit und sozialer Sicherheit zur Folge.

2. Negative Auswirkungen auf die Grundversorgung und die Preisentwicklung

Der einzige Weg um den Umfang, die Qualität und die Preise der Grundversorgung in der Schweiz sicherzustellen ist ein Restmonopol. Muss die Grundversorgung ohne Restmonopol selbsttragend sein, so ist dies mit einem Abbau von Dienstleistungen verbunden:

- Zugangsbeschränkungen (Poststellenschliessungen)
- Weniger Leerungen und Zustellungen
- Distanz- und mengenabhängige Preise

Dies trifft zwar die dichtbewohnten Städte weniger, führt aber zu einer Verschlechterung der Lebensqualität in den Randregionen.

3. Negative Folgen für die Umwelt, insbesondere in den Städten

Weitere Liberalisierungsschritte werden sich negativ auf die Umwelt auswirken und damit die Menschen in den dicht besiedelten städtischen Agglomerationen zusätzlich belasten.

Erstens erreichen die neuen Anbieter nicht das erforderliche Briefpostvolumen, um den Transport per Bahn statt auf der Strasse vorzunehmen. Die Post benutzt heute für alle Transporte zwischen den Briefzentren die Bahn. Das setzt aber grosse Volumen voraus, die über lange Distanzen transportiert werden können. Diese Voraussetzung wird bei den neuen Anbietern nicht erfüllt sein. Sie werden also alles auf der Strasse transportieren, mit den entsprechenden Folgen für die Umwelt und die Strassenkapazitäten in den Agglomerationen.

Zweitens soll mit der Liberalisierung ein schrumpfender Kuchen auf mehr Anbieter verteilt werden. Diese Strategie führt zur wirtschaftlich und ökologisch gesehen unsinnigen Situation, dass Fahrzeuge verschiedener Unternehmen nacheinander die Briefkästen leeren oder die Post zustellen. Das führt zu hohen wirtschaftlichen und ökologischen Kosten ohne jeden Nutzen, dafür mit umso mehr negativen Effekten in den ohnehin be-

reits verkehrsgeplagten Städten und Quartieren. Nur eine einheitliche und konzentrierte Zustellung kann die nötige Effizienz (Skaleneffekte) herstellen und damit Wirtschaftlichkeit im Dienste der Konsumentinnen und Konsumenten garantieren.

Der Gemeinderat dankt Ihnen für die Berücksichtigung der Bemerkungen bestens.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Tschäppät
Stadtpräsident

Dr. Jürg Wichtermann
Stadtschreiber